

# Probleme bei der Einführung und Fortentwicklung der Rektoratsverfassung an der Bergakademie Clausthal zwischen 1908 und 1948 sowie mit dem Rektoratswechsel verbundene Ereignisse

## Teil III – Drittes Reich und Neubeginn nach 1945

### Vom Rektor zum Führer der Bergakademie – Aufhebung des Wahlrektorats in der nationalsozialistischen Zeit

Am 23. Juni 1933 teilte der Preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung (U. I. Nr. 1421.1) den Herren Rektoren und Senatoren pp. und nachrichtlich pp. dem Herrn Preußischen Minister für Wirtschaft und Arbeit mit: *Vorbehaltlich der bevorstehenden Änderung der einschlägigen Bestimmungen der Statuten ermächte ich Sie, an Stelle des derzeitigen Prorektors nach freier Wahl ein anderes Mitglied des Senats zu Ihrem Vertreter zu bestimmen – gez. Rust (3).* Diese nachrichtlich an ihn gegangene Verfügung des Wissenschaftsministers schickte der Wirtschaftsminister an die ihm nachgeordnete Bergakademie Clausthal (4. 7. 33 J.-Nr. I/D II.6.102 Boe). Dies war ein erster Schritt zur Einführung des Führerprinzips an den Hochschulen (3).

Der nächste Schritt ging von Rektor Valentiner aus. Seine Motivation geht aus den Akten nicht hervor. Am 20. Oktober 1933 richtete er ein Rundschreiben an die Professoren (G.-Nr. I 2688): *Um mit dem Führerprinzip nicht in Widerspruch zu geraten, beabsichtige ich, das Ministerium zu bitten, die vier ersten Abschnitte von § 8, den § 10, den 3. Abschnitt von § 22 der Satzung der Bergakademie bis auf weiteres außer Kraft zu setzen und dem Rektor als dem Führer der Hochschule die nach § 10 der Satzung dem Professorenkollegium zustehende Befugnis zu übertragen, mit der Maßgabe, baldigst einen Vorschlag für die Aufgaben der Körperschaften vorzulegen, die in Zukunft dem Rektor beratend zur Seite stehen sollen.*

Für diese „Machtergreifung“ kleinen Stiles bat der Rektor die Mitglieder des Professorenkollegiums um ihre *Einverständnis-erklärung bis zum 23. ds. Mts. entsprechend dem § 10 der jetzt noch bestehenden Satzung* (3). Die Selbstentrichtung der Professoren sollte durchaus legal erfolgen. Auf einen umfangreichen Entwurf des Rektors zur Änderung der Satzung von 1919 braucht hier nicht eingegangen zu werden. Die Antworten auf das Rundschreiben vom 20. Oktober 1933 waren von König, Drescher, Bode, Birckenbach und Grothe uneingeschränkt zustimmend, wobei Grothe redaktionelle Änderungen vorschlug. Schulz bat um die Einberufung des Professorenkollegiums, um die Angelegenheit besprechen zu können, Nehm sprach sich hingegen deutlich gegen Valentiners Initiative aus: *Ich werde mich jederzeit mit den von zuständiger Stelle befohlenen Änderungen einverstanden erklären. Meine freiwillige Unterschrift kann ich aber erst geben, wenn ich von Ihnen als dem von uns gewählten Führer über die augenblickliche Lage an unserer Hochschule und über analoge Vorgänge an anderen Hochschulen unterrichtet bin und mich von der Zweckmäßigkeit dieser Abänderungsvorschläge überzeugt habe.* Diese Kernsätze sind in eine im verbindlichen Tone gehaltene Einleitung und einen kollegialen Abschluß des Briefes eingebettet.

In seinem Bericht vom 3. November 1933 an den Minister (G.-Nr. I 2841) verwendete der Rektor den gleichen Text wie er oben zitiert ist, wobei nur der erste Satz etwas angepaßt wurde: *Um das Führungsprinzip in der Leitung der Bergakademie zu wahren,*

*bitte ich . . . usw.* Der letzte ergänzende Satz lautet: *Das Professorenkollegium hat sich mit diesem Antrag einverstanden erklärt* (3). Mit Bezugnahme auf den Bericht des Rektors vom 3. November 1933 schickte der Minister am 19. Dezember 1933 einen Erlaß (J.-Nr. I/D.II. 6.101.D) unter der Überschrift: *Betrifft vorläufige Maßnahmen zur Vereinfachung der Hochschulverwaltung.*

Unter Ziffer 1. heißt es: *Zur Sicherung der einheitlichen Führung der Bergakademie gehen die Rechte des Professorenkollegiums (§ 10 der Satzung) auf den Rektor über. Der Rektor beruft das Professorenkollegium als beratende Körperschaft, wenn es im Interesse der Bergakademie geboten erscheint. Abstimmungen finden nicht statt.*

Zu Ziffer 2. heißt es: *Der Rektor (§ 8 der Satzung) wird aus der Zahl der ordentlichen Professoren ernannt. Das Professorenkollegium schlägt drei geeignete Persönlichkeiten vor. Die Ernennung erfolgt durch den Minister.*

Zu 3. wird gesagt: *Der Rektor ernennt seinen Vertreter selbst.*

Ferner wurde verfügt, daß der Rektor die Führer der Dozenten- und Studentenschaft bei seinen Maßnahmen und Berichten heranzuziehen habe. Beides waren Zwangskorporationen, denen jeder Professor, Dozent und Assistent respektive jeder Student angehören mußte.

Bezüglich der Ernennung des Rektors und Prorektors verhielt sich die Bergakademie abwartend und beobachtete das Verhalten anderer Hochschulen.

Am 27. Februar 1934 ergriff Rektor Valentiner die Initiative und regte in einem Rundschreiben an die ordentlichen Professoren ein Verfahren an, wie es andere Hochschulen bereits praktiziert hatten (3). Es sollte aus der Zahl der o. Professoren eine Dreierliste beim Minister eingereicht werden, welche zweckmäßigerweise auch den Namen des amtierenden Rektors und vielleicht sogar den des Prorektors enthalten sollte. Zugleich ließ Valentiner jeden seiner Kollegen eine Liste aller zwölf o. Professoren mit der Bitte zuschicken, auf der Liste drei Namen kenntlich zu machen, die als Dreivorschlag eingereicht werden sollten, und bis zum 3. März 1934 zurückzugeben.

Mit Bericht (3) vom 7. März 1934 (G.-Nr. I 611) teilte der amtierende Rektor dem Wirtschaftsminister die Vorschläge des Kollegiums für die Ernennung des Rektors mit. *Vorgeschlagen wurden: Professor Dr. Valentiner einstimmig, Professor Dr.-Ing. Paschke mit 8 von 11 abgegebenen Stimmen, Professor Dr. Hoeltge mit 7 von 11 abgegebenen Stimmen.* Als Ende der Amtszeit des zu ernennenden Rektors schlug Valentiner das turnusgemäße Ende des laufenden Rektorats, den 30. Juni 1935, vor.

Die zwölf Wahlzettel sind noch erhalten (3). Nur elf gingen fristgerecht ein. Der zwölfte Zettel trägt den Eingangsstempel des 14. März 1934. Ein Wahlzettel, der fristgerecht eingegangen war, zeigt die Kennzeichnung der Namen Birckenbach, Paschke und Hoeltge (3), was im Widerspruch zu der Angabe im oben zitierten Bericht des Rektors zu stehen scheint: *Professor Dr. Valentiner einstimmig.*

Bereits am 16. März 1934 erfolgte die Ernennung Valentiners durch den Minister (Erlaß I/D.II. 6.102.K) (3) für die Amtsperiode

Teil I (Vorgeschichte und die Satzung des Jahres 1919) und Teil II (Rektorwahlen und Rektoratswechsel von 1919 bis 1933) sind veröffentlicht im Mitteilungsblatt der TU Clausthal Nr. 70, S. 16 bis 26.

Juli 1934 bis Juni 1935.

Von wesentlicher Bedeutung war der Übergang der Bergakademie Clausthal vom Wirtschafts- zum Kultusministerium am 1. Juli 1934. In Verhandlungen zwischen beiden Ministerien wurde darüber Einigkeit erzielt (gemeinsame gleichlautende Erlasse III 3336 M.f.W.u.A.; II B 1623 M.f.W.K.u.V. vom 29. Juli 1934) (3), daß auf Grund des Gesetzes über die Neuordnung von Zuständigkeiten innerhalb des Staatsministeriums vom 29. Juni 1934 (GS. S. 327) von den Aufgaben der Bergabteilung des Preußischen Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit die Angelegenheiten der Bergakademie Clausthal und des bergmännischen Berufs- und Fachschulwesens am 1. Juli 1934 auf den Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung übergehen. Die Oberbergämter üben im Rahmen ihres Geschäftsbereichs auch weiterhin die Schulaufsicht über die bergmännischen Berufs- und Fachschulen aus. Und weiter heißt es: An der Stellung des Berghauptmanns in Clausthal-Zellerfeld als Kurator der Bergakademie Clausthal wird nichts geändert. Er untersteht in dieser Eigenschaft nunmehr dem Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Am 29. November 1934 wurde der Bergakademie ein Runderlaß des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (RU I 719) zugestellt (3), in welchem in bezug einer Neueinteilung der Semester mitgeteilt wurde, daß Beginn und Ende der Rektorats- und Dekanatsamtsperioden neu festgesetzt werden würden. Der Minister beabsichtigte, die Rektoratsamtsperioden an allen reichsdeutschen Hochschulen am Ende des laufenden Semesters enden zu lassen, um die einheitliche Neuordnung auf einmal in Kraft setzen zu können.

Mit Runderlaß vom 18. Dezember 1934 (RU I Nr. 841) (3) wurde das Ende der Rektoratsperioden an allen reichsdeutschen Hochschulen auf den 31. März 1935 festgelegt. Am 24. Januar 1935 wurde in einem Erlaß des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (W Ia 177) (3) das Verfahren festgelegt, nach welchem die Hochschulen am 15. Februar 1935 den Rekturvorschlag ermitteln sollten.

*Der Rekturvorschlag vom 15. Februar 1935 ist nach folgendem Verfahren zu ermitteln:*

1. Im Anschluß an den Geschäftsbericht des derzeitigen Rektors findet eine Vollversammlung der beamteten ordentlichen und außerordentlichen Professoren, der Honorarprofessoren, nicht-beamteten außerordentlichen Professoren und Dozenten (im Sinne der Reichs-Habilitations-Ordnung, also Privatdozenten des bisherigen Sprachgebrauchs) unter Leitung des Rektors statt.

2. Die aktiven Hochschullehrer sind zur Mitwirkung verpflichtet. Die wegen Erreichung der Altersgrenze Entpflichteten sind mitwirkungsberechtigt.

3. Jedem erschienenen Hochschullehrer ist ein Vorschlagszettel mit folgendem Vordruck auszuhändigen:

Rekturvorschlag

Dem Herrn Reichswissenschaftsminister bringe ich die Ernennung des ordentlichen Professors ..... zum Rektor der (Bezeichnung und Name der Hochschule ist in den Vordruck aufzunehmen) in Vorschlag.

(Ort), den 15. Februar 1935.

.....  
Name und Dienststellung

4. Vorgeschlagen werden kann jeder ordentliche Professor (auch persönliche Ordinarius) ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt seiner Bestallung und die Dauer seiner Zugehörigkeit zur vorschlagenden Hochschule. Wiedervorschlag des derzeitigen Rektors ist statthaft.

5. Die ausgefüllten Vorschlagszettel sind einzusammeln und die Namen der Vorgeschlagenen zu verlesen. Eine Bekanntgabe der Vorschlagenden erfolgt nicht; vielmehr hat der Rektor über die Stellungnahme der einzelnen Hochschullehrer unbedingtes Stillschweigen zu beobachten und keinerlei Aufzeichnungen zu den Akten zu nehmen.

6. Das Vorschlagsergebnis ist listenmäßig zu verarbeiten, wobei die Vorgeschlagenen nach der Zahl der auf sie entfallenen Vorschläge zu ordnen und dahinter die Vorschlagszahlen, getrennt nach Dienststellungen der Vorschlagenden, aufzuführen sind.

7. Der Rektor nimmt zu dem Vorschlagsergebnis Stellung und reicht es samt den alphabetisch zu ordnenden Vorschlagszetteln der Landesunterrichtsbehörde ein.

8. Die Landesunterrichtsbehörde schlägt bis zum 3. März 1935 dem Reichswissenschaftsminister unter Beifügung der ihr eingereichten Unterlagen einen ordentlichen Professor als Rektor vor.

9. Die Entscheidung des Reichswissenschaftsministers wird durch die Landesunterrichtsbehörde bekanntgegeben.

10. Die Rektoratsübernahme erfolgt am 1. April 1935.

Die Amtsdauer wird durch die neuen Hochschulsatzungen bestimmt.

Dem Erlaß vom 24. Januar 1935 folgte ein weiterer (W Ia Nr. 391 vom 13. Februar 1935) (3), in dem noch einmal darauf hingewiesen wurde, daß es sich bei dem Rekturvorschlag um keine Wahl handelte: die abgegebenen Voten werden nicht gezählt, sondern gewogen. Ferner hieß es: Mit dem angeordneten Vorschlagsverfahren ist eine Aufstellung von „Kandidaten“ ebenso unverträglich wie eine Verabredung zur grundsätzlichen Ablehnung bestimmter an sich vorschlagbarer Hochschullehrer. Im Zusammenhang beider Erläßtexte wird klar, daß neu berufene, fachlich nicht ausgewiesene Professoren nationalsozialistischer Parteizugehörigkeit nach Möglichkeit in die Rektorate gebracht werden sollten.

Auch die Einladung des Rektors der Bergakademie vom 1. Februar 1935 (Gesch.-Nr. I. 241) (3) spricht von der *Neuwahl des Rektors*, vom Wahlakt und von Vorschlagszetteln für die Wahl. Man stand dem totalen Führerstaat noch ahnungslos gegenüber.

Ferner wurde zum Bericht des Rektors über die abgelaufene Rektoratsperiode für den 15. Februar 1935, 17 Uhr s.t., in den großen Hörsaal des Hauptgebäudes eingeladen (3). Die Ermittlung des Rekturvorschlages sollte anschließend im Dienstzimmer des Rektors erfolgen. Hierzu wurden insgesamt 26 Personen des Lehrkörpers, nämlich die ordentlichen, die emeritierten und Honorarprofessoren, die hauptamtlichen Dozenten und die Privatdozenten eingeladen.

Der Rektoratsbericht Valentiners stellt eine merkwürdige Mischung von sachlicher Berichterstattung und Huldigung an die scheinbare nationalsozialistische Volksgemeinschaft dar. Es erscheint dem heutigen Leser skurril, daß die Magnifizenz ihren Bürodienner als Kameraden ansprach. Schlimm ist aber die Schlußpassage des Berichtes, weil sie emotionell die individuelle wissenschaftliche Arbeit diskreditiert. Unverständlich ist uns heute auch, daß ein Mann wie Valentiner, der eine so rationale Wissenschaft wie die Physik vertrat, am Ende seiner Rede in irrationale Verse verfiel: *Ich denke in diesem Augenblick zurück an jenen Gesang, mit dem am 1. Juli 1933 mein Rektorat begann und dessen Schluß lautet: Ein kleiner Ring begrenzt unser Leben Und viele Geschlechter reihen sich dauernd An ihres Daseins unendliche Kette.*

*Was können wir aber auch – sind wir denkende und schaffende Menschen – mehr sehnen und erstreben, als wenigstens ein Kettenglied zu liefern zur Vollendung der Kette, die das Ganze umschließt. Wer in der heutigen Zeit nicht empfindet, daß wir dem Ganzen zu dienen haben, wer das nicht aus sich selbst heraus erfaßt, der ist freilich schlecht daran. Die Zeit geht über ihn hinweg und es wird sich zeigen, daß er bei dem eigenwilligen Versuch, allein abseits von den Volksgenossen etwas schaffen zu wollen, innerlich elendiglich scheitert.*

*Immer strebe zum Ganzen und kannst du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes dich an.*

*Lassen Sie mich schließen mit dem Treuegelöbnis zum Volk und zum Vaterland, dem unsere Arbeit gilt, und damit mit dem Treuegelöbnis zu unserem bewunderten und geliebten Führer und Reichskanzler Adolf Hitler.*

*Unserm Führer ein dreifaches: „Sieg Heil!“ (3).*

Die anschließende Vollversammlung umfaßte 23 stimmberechtigte Mitglieder, da von den 26 Stimmberechtigten zwei emeritierte Professoren und ein Honorarprofessor vom Kaiser-Wilhelm-Institut in Düsseldorf von ihrem Vorschlagsrecht keinen Gebrauch machten. Nachdem die ministeriellen Erlasse nochmals verlesen worden waren, bat der Rektor, von einem Wiedervorschlag seiner Person abzusehen (3). Die Gruppenergebnisse wurden dem Erlaß vom 24. Januar 1935 entsprechend aufgeschlüsselt und getrennt voneinander protokolliert.

Von den ordentlichen Professoren sprachen sich zwölf für den Markscheider Nehm, einer für Valentiner aus; die übrigen Dozenten entschieden sich sämtlich für Nehm. Entgegen der Intention der Erlasse vom 24. Januar und 13. Februar 1935 hatten sich die Angehörigen des Clausthaler Lehrkörpers offensichtlich vorher abgesprochen. Rektor Valentiner teilte das Vorschlagsergebnis in einem Bericht an den Herrn Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung durchlaufend beim Kurator der Bergakademie am 18. Februar 1935 (G.-Nr. I 431) mit (3).

Im Vergleich mit dem seit der Einführung der Wahlrektorsverfassung im Jahr 1919 üblichen sachlich-kurzen Berichten über die Rektorwahlen ist am Bericht Valentiners neu, daß er der Bitte um die Ernennung Nehms zum Rektor eine persönliche und parteipolitische Beurteilung desselben voransetzte (3).

Sie lautete: *Professor Nehm genießt das Vertrauen aller Mitglieder des Lehrkörpers, sowie aller Beamten, Angestellten und Arbeiter der Bergakademie. Er ist Mitglied der NSDAP und betätigt sich bei der NS Kulturgemeinde als Kreiskulturwart bzw. Kreiskulturobmann.*

Am 1. April 1935 teilte der neue Rektor der Bergakademie Clausthal unter Geschäftszeichen Nr. I 814 an den üblichen Verteilerkreis früherer Rektoratsübergaben, jedoch vermehrt um die *Kreis- und Ortsgruppenleitung der NSDAP und die SA-Brigade 59, hieselbst*, mit: *Vom Herrn Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung bin ich für die am 1. April 1935 beginnende Amtsperiode zum Rektor der Bergakademie ernannt worden.*

*Die Dienstgeschäfte habe ich heute übernommen* (3).

Nach neuem Recht durfte der Rektor die Person des Prorektors aus der Gruppe der ordentlichen Professoren selbst bestimmen. Nehm blieb bei der alten Regel und ernannte den ausgeschiedenen Rektor Valentiner zum Prorektor (3).

Die Rektoratsvorschläge vom 15. Februar 1935 hatten noch ein Nachspiel. Wie bei früheren Rektoratswahlen waren Vorschläge in die Presse gelangt, was den Minister am 8. März 1935 (W Ia Nr. 585) veranlaßte, per Runderlaß auf diese *Amtspflichtverletzungen und auf die Notwendigkeit der Geheimhaltung solcher Hochschulangelegenheiten, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind, nachdrücklich hinzuweisen* (3).

Die Einführung des neuen Rektors wurde auf Mittwoch, 10. April 1935, 17 Uhr s. t., in der Aula festgesetzt (4). Mit dieser Terminsetzung wurde die bisherige Verbindung der Rektoratsübergabe mit der Jahresfeier der Bergakademie, der Sonnenwendfeier der Studentenschaft und der Hauptversammlung des Vereins von Freunden aufgegeben. Da die Einführung des neuen Rektors mitten in die Woche gelegt wurde, war es den im Beruf stehenden Ehemaligen und den meisten Alten Herren der Korporationen nicht möglich, zu dieser Feier zu erscheinen.

Die Einführung des Rektors erfolgte im üblichen Rahmen, jedoch fiel die Rede des scheidenden Rektors Valentiner kurz aus, da er den geltenden Vorschriften gemäß seinen Rechenschaftsbericht schon am 15. Februar halten mußte. Nehm hielt seinen Vortrag zum Thema: *Die Oberharzener Markscheider um das Jahr 1700 und ihre Stellung im Betriebe.*

### **Nationalsozialistische Führerprinzipien an der Bergakademie Clausthal**

Mit Erlaß (W Ia 588/35) vom 1. April 1935 des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung

*Richtlinien zur Vereinheitlichung der Hochschulverwaltung* wurde die Satzung der Bergakademie aus dem Jahr 1919 beseitigt (3). Die ordentlichen Professoren verloren ihre Selbstverwaltungsrechte. Der Rektor, als Führer der Hochschule, unterstand von nun an direkt dem Reichswissenschaftsminister und war nur noch diesem verantwortlich. Der Prorektor und die Dekane wurden auf Vorschlag des Rektors vom Reichsminister ernannt.

Um den Einfluß der NSDAP auf die Hochschulen zu sichern, wurden als Zwangskorporationen die Dozentenschaft und die Studentenschaft eingeführt. Ersterer hatten alle Dozenten und Assistenten unter Zahlung von Mitgliedsbeiträgen anzugehören, letztere wurde von allen eingeschriebenen Studenten deutscher Abstammung und Muttersprache unbeschadet ihrer Staatszugehörigkeit gebildet. Die Leiter beider Zwangskorporationen wurden nach Anhörung des Rektors und der Gauführer des NS-Dozentenbundes bzw. des Studentenbundes vom Reichswissenschaftsminister ernannt. Diese örtlichen Leiter der Dozenten- bzw. Studentenschaft unterstanden dem Rektor (3).

Dem Rektor wurde beratend ein Senat beigegeben, der aus den Leitern der Dozenten- und Studentenschaft, dem Prorektor, den Dekanen und zwei weiteren vom Rektor zu berufenen Mitgliedern der Dozentenschaft gebildet wurde. Einer dieser Dozenten mußte dem NS-Dozentenbund, einer Unterorganisation der NSDAP, angehören (3).

In ähnlicher Art wurden nach dem Führerprinzip die Leitungen der Fakultäten organisiert.

Der Dienstweg zum Ministerium oder anderen Dienststellen führte in jedem Falle über den Rektor (3).

Mit Erlaß vom 3. April 1935 (W Ia Nr. 860) teilte der Minister mit, daß die Richtlinien vom 1. April 1935 sofort in Kraft traten. Die bisherigen Leiter der Studenten- und Dozentenschaften blieben bis zur Ernennung neuer im Amt. Analoges galt für die Prorektoren und Dekane. Die Rektoren wurden aufgefordert, bis zum 12. April 1935 Vorschläge für die Ernennung von Prorektoren und Dekanen zu unterbreiten.

Eine Regelung der Amtszeiten erfolgte nicht.

Der Erlaß vom 1. April 1935 erforderte die Bildung von Fakultäten an der Bergakademie Clausthal. Bereits Mitte Mai waren die beiden Fakultäten mit den Bezeichnungen „Fakultät für Bergbau und Hüttenwesen“ und „Fakultät für Allgemeine Wissenschaften“ genehmigt. Zum Dekan der ersten wurde Professor Dr.-Ing. Grumbrecht, zum Dekan der letzteren Professor Dr. jur. Hoeltge ernannt. Damit waren die Voraussetzungen für die Bildung des Senats in der vorgeschriebenen Besetzung gegeben (3).

Leiter der örtlichen Dozentenschaft war der Führer der Ortsgruppe des NS-Dozentenbundes, Professor Dr.-Ing. Grothe (11), der aktivste Nationalsozialist unter den Professoren, Leiter der Studentenschaft war stud. ing. Walter Stein (12), der Begründer der NS-Studentenbunds-kameradschaften an der Bergakademie. Eine letzte Reminiszenz an die vergangene Zeit bot die zwangsläufig von der feierlichen Rektoratsübergabe getrennte Jahresfeier der Bergakademie am 28. Juni 1935. Ein letztes Mal zogen die Chargierten der Korporationen mit ihren Fahnen mit dem Lehrkörper in die Aula ein. Das wissenschaftliche Programm bestand aus zwei Vorträgen über deutsche Erdöllagerstätten (Dr. Runge) und deren Ausbeutung (Professor Schulz). Die Begrüßung und das Schlußwort sprach Rektor Nehm (4).

Die Jahresfeier war wiederum mit der traditionellen Sonnenwendfeier der Studentenschaft am Vorabend, mit der Sitzung des Kuratoriums für Kohlechemie, der Vorstandssitzung und der Hauptversammlung des Vereins von Freunden verbunden (4). Obwohl die nationalsozialistische Umgestaltung der deutschen Hochschulen schon im vollen Gange war, versuchten die Clausthaler noch ihre traditionellen Formen interner Hochschulgemeinschaft und ihrer Bindungen nach draußen zu bewahren.

### **Rektor Grothe, Führer der Bergakademie von 1937 bis 1943**

Am 25. Januar 1936 fragte Rektor Nehm (Gesch.-Nr. I 267) beim

Minister wegen des notwendigen Wechsels im Rektorat an, da er einen Ruf an die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen angenommen hatte und der Minister mit Erlaß vom 31. Dezember 1935 seine Übersiedlung nach Aachen zum 1. April 1936 angeordnet hatte (3). Am 25. Februar 1936 fragte Nehm (Gesch.-Nr. I 524) erneut an, ob Schritte wegen der Ernennung eines neuen Rektors einzuleiten seien. Inzwischen hatte der Minister mit einem allgemeinen Rundschreiben (W Ia 81/36 v. 22. Februar 1936) verfügt, daß eine allgemeine Neuernennung von Rektoren zum 1. April 1936 nicht beabsichtigt sei (3). Diese Verfügung verfolgte konsequent die nationalsozialistische Politik, an den Hochschulen Führungsstrukturen von Dauer anzulegen. Sie trug aber in keiner Weise dem speziellen Clausthaler Problem Rechnung, welches durch die Berufung Nehms nach Aachen entstanden war.

Just in dieser Zeit wurde der Aufsatz *Die Bergakademie Clausthal als nationalsozialistische Hochschule* von Professor Dr.-Ing. Hans Grothe in der Niedersächsischen Hochschulzeitung Nr. 5 vom 20. Februar 1936 publiziert. Grothe, langjähriges Parteimitglied, SA-Obersturmbannführer und örtlicher Führer des Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbundes, hatte in seinem Aufsatz die im folgenden wiedergegebenen Sätze geschrieben, die der Rektor in einem Bericht vom 27. Februar 1936 (G.-Nr. V. 6) dem Minister zur Kenntnis gab (3): *Die Beziehungen zwischen Praxis und Hochschule ließen die gleiche Entwicklung auch auf die Bergakademie selbst zu. Der starke Einfluß der Konzernleiter auf die Auswahl der Hochschullehrer und die wissenschaftliche Ausbildung des Technikers überhaupt wirkte sich sehr schädigend aus.*

Grothe behauptete, daß während der Weimarer Republik die Besetzungen von Professuren an der Bergakademie massiv durch Interessen der Industrie beeinflußt worden seien. Nehms Bericht führt fort: *Ich nehme an, daß Professor Grothe für seine schweren Anschuldigungen Beweise in der Hand hat und fühle mich deshalb als derzeitiger Führer der Bergakademie verpflichtet, zum Schutze der unbeteiligten Dozentenschaftsmitglieder und im Interesse des Ansehens der Bergakademie überhaupt von diesem Vorfall sofort Kenntnis zu geben.*

Der Rektor bat den Minister um Entsendung eines Beauftragten, der feststellen sollte, *ob seit 1919 das Professorenkollegium, einem unzulässigen Druck der Konzernleiter nachgebend, pflichtwidrig die Lehrstühle den Wünschen der Konzernleiter entsprechend besetzt hat.*

Am 11. März 1936 telefonierte Nehm mit dem Referenten Professor Dr. Bachér im Ministerium und erstellte umgehend auf dessen Wunsch hin eine Vorschlagsliste zur Ernennung eines neuen Rektors (3). Der Bericht datiert bereits vom 12. März 1936 (G.-Nr. I 872). Nehm schlug an erster Stelle den Mathematiker König vor (3), der schon einmal von 1929 bis 1931 das Rektorat innehatte. Auch in diesem Bericht wird zuerst einmal die politische Zuverlässigkeit Königs begründet, bevor seine Wertschätzung im Kreise der Kollegen betont wird. König war zwar Parteigenosse und Sportreferent bei der 49. SS-Standarte, aber alle seine von Nehm aufgezählten Funktionen waren mit dem Skisport verbunden und nicht vorwiegend politischer Natur.

An zweiter Stelle schlug Nehm Birckenbach, an dritter Paschke mit Einschränkungen wegen dessen intensiver Forschungstätigkeiten bei der Beschaffung lebenswichtiger Rohstoffe, desweiteren Valentiner und Friedrich mit jeweils starken Einschränkungen vor. Abgelehnt wurden von ihm die beiden aktivsten Nationalsozialisten. Den Dozentenbundsführer Grothe lehnte er mit Bezug auf seinen Bericht zu dessen Publikation ab und fügte hinzu: *Die durch dieses Vorkommnis innerhalb der Dozentenschaft entstandenen Gegensätze haben sich in der letzten Zeit nicht behoben, sondern verschärft.*

Den stellvertretenden Dozentenbundsführer Buschendorf lehnte er ab, weil er seinen Lehrstuhl erst seit kurzem innehatte und *noch reichlich jung und ohne hinreichende Erfahrungen sei.*

Grothe hatte sich für den günstigen Augenblick selbst ausmanö-

veriert, und Valentiner mußte als Prorektor die Amtsgeschäfte des Rektors übernehmen, als Nehm Ende März die Bergakademie verließ. Die letzte Amtshandlung Nehms war sein Geschäftsbericht am 28. März 1936 vor der „Gefolgschaft“, die Nazibezeichnung für die Mitarbeiter der Bergakademie, und seine Amtsübergabe an Valentiner (3). Wenn auch der Bericht Nehms bei der Behandlung der eingetretenen nationalsozialistischen Umstrukturierung einige Zugeständnisse an den „neuen Geist“ und dessen Vokabular enthält, unterscheidet er sich doch durch seine Sachlichkeit wohltuend von dem parteikonformen Elaborat, das Valentiner im Sommer des vergangenen Jahres erstellt hatte. Neben der Nazifizierung der Hochschule war das einschneidendste Ereignis, das Nehms Rektoratsbericht enthält, die Auflösung der acht Clausthaler Korporationen.

In der Angelegenheit des beanstandeten Aufsatzes in der Niedersächsischen Hochschulzeitung wurde Grothe am 17. April 1936 vom Minister zu einem Bericht aufgefordert (3). Kennzeichnend ist, daß Grothe im ersten Absatz seines Berichts, als alleiniger Autor des Aufsatzes, drei anderen Kollegen Mitverschulden vorwirft; zweien, daß sie ihm einen untauglichen Text geliefert hätten und dem dritten, daß er als sein Vertreter im Dozentenbund den Entwurf gelesen und nicht beanstandet hätte. Die Verteidigung Grothes auf sechs Schreibmaschinenseiten endet mit dem Satz: *Es ist mir aber wohl bekannt, daß gewisse Kreise, denen das Wirken eines Nationalsozialisten an der Hochschule unbequem ist, schon länger gegen mich arbeiten, und für diese war der Artikel und meine Abwesenheit eine willkommene Gelegenheit.*

Jedenfalls sprach Grothe in seinem Bericht seine Kollegen von persönlichem Verschulden frei und behauptete, daß das System der Weimarer Republik den Konzernleitern großen Einfluß auf die Technischen Hochschulen eingeräumt hätte. Er führte dann auch zwei Fälle von Einflußnahme von Konzernen an, wobei *ein hervorragender Fachmann von einem Konzern für eine Dozentur empfohlen, erst vom Minister abgelehnt worden sei, als die Partei nachgewiesen hatte, daß er ein führender Freimaurer war.*

In einem Begleitbericht zum Bericht Grothes an den Minister (I 1268 v. 30. April 1936) behauptete Prorektor Valentiner, daß *die Angelegenheit für die Bergakademie als bereinigt anzusehen sei*, was sicherlich nicht den Tatsachen entsprach, sondern der Entlastung Grothes dienen sollte.

Überraschend war für Grothe, daß der Minister mit Schreiben vom 5. Juni 1936 (W I p Grothe i.) neben der Ehrenerklärung für die Professorenschaft auch noch eine für den Kurator verlangte (3). Zu diesem Erlaß verlangte Grothe mit Schreiben vom 17. Juni 1936 *notwendige Aufklärungen*, wieso der Kurator seine Ausführungen in der Niedersächsischen Hochschulzeitschrift als Ehrenkränkung empfinden könne (3). Der Minister antwortete am 4. Juli 1936, daß der Kurator früher als für die Bergakademie zuständiger Referent im Ministerium an Berufungen mitgewirkt habe und somit die gleiche Ehrenerklärung erwarten könne wie die Professorenschaft. Diese Erklärung gab Grothe am 31. August 1936 schriftlich an den Minister ab (3). Damit war auch der Weg gebahnt, der Grothe in das Rektorat führen sollte.

Am 26. Oktober 1936 schickte Prorektor Valentiner einen Eilbericht an den Minister und bat um Ernennung eines neuen Rektors zum 1. November 1936. Nach einem Telefonat mit dem zuständigen leitenden Ministerialbeamten Professor Dr. Bachér am 14. November 1936 schrieb er diesem einen persönlich adressierten Brief in das Ministerium (3). Darin heißt es nach dem einleitenden Satz: *Nachdem Herrn Professor Dr.-Ing. Grothe schon vor langer Zeit zu verstehen gegeben worden ist, daß nur er als Rektor der Bergakademie in Frage komme, war und ist er berechtigt, mit seiner Ernennung in nächster Zeit zu rechnen. Ich könnte es verstehen, wenn er die Verzögerung zurückführen würde auf eine zu geringe Initiative meinerseits, die Abänderung des augenblicklichen provisorischen Zustandes zu erwirken. In der Tat will er jetzt den Senat veranlassen, Schritte in der Richtung zu unternehmen. So fürchte ich, allmählich in den Verdacht zu kommen, an der Abänderung des Zustandes nicht interessiert zu sein. Das Gegenteil ist der Fall.*

Grothe mußte sich aber noch einige Monate gedulden, bis er aufgrund des Erlasses vom 20. Februar 1937 (W I g Nr. 291/37a) mitteilen lassen konnte: *Der Herr Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung hat den ord. Professor der Metallhüttenkunde, Elektrometallurgie und Metallurgischen Probierkunde Dr.-Ing. Hans Grothe mit sofortiger Wirkung zum Rektor der Bergakademie Clausthal ernannt* (3).

*Herr Professor Dr.-Ing. Grothe hat die Dienstgeschäfte am 27. Februar 1937 übernommen.*

Zum Prorektor ernannte Grothe seinen Stellvertreter im NS-Dozentenbund, Professor Dr.-Ing. F. Buschendorf.

Die veränderten politischen Verhältnisse spiegeln sich in der Verteilerliste der Benachrichtigung über den Rektoratsantritt Grothes wider. Neben den bisherigen Behörden und Hochschulen traten in großer Zahl Adressaten aus dem Bereich der NSDAP und ihrer Unterorganisationen sowie mit den wachsenden Militarisierungsbestrebungen des Regimes die Kommandeure von Truppenteilen der Deutschen Wehrmacht im südniedersächsischen Raum hinzu, angeführt vom kommandierenden General des XI. Armee-korps in Hannover.

Interessant sind von den vielen Antworten nur zwei Reaktionen auf die Benachrichtigung. Der Kurator Berghauptmann Böhm drückte in knappster Form seinen Glückwunsch und den des Oberbergamts aus und schloß seinen Brief (G.-Nr. D 173/37 vom 28. Februar 1937) ohne jede Grußformel (3).

Das Glückwunschs Schreiben des Kreisleiters Kratzin der NSDAP des Kreises Zellerfeld (675/37 vom 1. März 1937) enthält die Passage: *Da Sie auf Vorschlag der Partei in dieses Amt berufen wurden, wird auch die Partei Sie in jeder Weise unterstützen* (3).

Mit Datum vom 10. März 1937 berichtete der Rektor (G.-Nr. I 550) unter Bezugnahme auf den Ernennungserlaß vom 20. Februar 1937, in welchem ihm der Minister die Neuernennung der Dekane freigestellt hatte, daß er den Dekan der Fakultät für Allgemeine Wissenschaften, Professor Dr. Hoeltge, von seinem Amte entbunden und stattdessen Professor Dr. Birckenbach ernannt habe (3). Den Dekan der Fakultät für Bergbau und Hüttenwesen, Professor Dr.-Ing. Grumbrecht, hatte er in seinem Amte bestätigt.

Da der Minister in seinem Erlaß das Amt des Prorektors nicht erwähnt hatte, bat der Rektor um nachträgliche Sanktionierung seiner Entscheidung, Valentiner seines Amtes zu entbinden und Buschendorf zum Prorektor zu ernennen.

Ferner berichtete der Rektor, daß er die beiden Senatoren Professor Dr.-Ing. Paschke und Dozent Dr. habil. Linhard von ihren Ämtern entbunden habe. Er bat darum, daß eine Wiederbesetzung unterbliebe, da die Hochschule aufgrund ihrer geringen Größe keinen größeren Senat benötige. Der Senat sollte „künftig nur noch aus fünf Mitgliedern (Rektor, Prorektor und Dozentenschaftsleiter in einer Person, zwei Dekanen und dem Studentenschaftsleiter) bestehen.

Der Rektor teilte mit, daß er *das aus zwölf Ordinarien und einem Extraordinarius bestehende Professorenkollegium durch die planmäßigen Dozenten ergänzen wolle und zu stärkerer Mitarbeit heranziehen wolle, zumal die Erfahrung gelehrt habe, daß die Trennung des Lehrkörpers in zwei Fakultäten an der Bergakademie sehr viele Mängel habe* (3). Die Fakultätenbildung war durch die reichseinheitlichen Richtlinien zur Vereinheitlichung der Hochschulverwaltung herbeigeführt worden.

Den Vorschlägen Rektor Grothes wurde durch den Minister entsprochen (3), was Grothe am 24. März 1937 (Gesch.-Nr. I 868) hochschulöffentlich bekannt machen ließ.

Am 5. April 1937 lud der Rektor (Gesch.-Nr. I 949) zur Rektoratsantrittsfeier, verbunden mit der Immatrikulation der neuen Studenten, für Sonnabend, 10. April 1937, 17 Uhr c.t., in die Aula ein.

Die Liste der Einzuladenden war im Gegensatz zu früheren Rektoratsfeiern sehr kurz. Der Kurator sagte ab und schickte auch keinen Vertreter. Ferner wurden der Landrat, der Ortsbürgermeister, der Vorstand des Vereins von Freunden, Kreis- und Ortsgruppenleiter der NSDAP und der Führer der SA-Brigade 59, der Grothe selbst als Obersturmbannführer angehörte, eingeladen. Telefo-

nisch wurde offenbar auch noch der Gaudozentenbundsführer verständigt. Alle Nazis kamen oder schickten Vertreter.

Vom Vorstand des Vereins von Freunden findet sich in der sonst ziemlich kompletten Akte keine Rückäußerung. Möglicherweise wirkten die Zwangsaufösungen der Korporationen und der die Konzernleiter verletzende Artikel Grothes noch nach.

Waren bei früheren Rektoratsfeiern nur Delegationen der Studentenschaft zugelassen worden, weil die Zahl der auswärtigen Gäste zu groß war (3), so wurde für die feierliche Amtsübernahme Grothes befohlen (3): *Die Studentenschaft der Bergakademie nimmt an dieser Feier geschlossen teil.* Außerdem verfügte der Rektor in einem Zeit- und Sitzplan vom 9. April 1937, daß die Emporen der Aula von niemandem betreten werden durften (3).

Hatte Rektor Nehm zwei Jahre vorher noch versucht, die traditionellen Formen der Rektoratsfeier und der Jahresfeier der Bergakademie zu bewahren, so boten sich jetzt ein stark verändertes Programm und eine umgestaltete Aula dar. Dem einziehenden Lehrkörper wurde die Hakenkreuzfahne von drei Studenten in Braunhemdenuniformen vorangetragen. Barbara, Bergmann und Bergmönch waren verschwunden. Stattdessen war ein überlebensgroßes Bild von Hitler aufgehängt worden, und von der Empore hingen Hakenkreuzfahnen herab (20).

Rektor Grothe sprach über den zukünftigen Erziehungs- und Bildungsauftrag der Bergakademie in Lehre und Forschung: *Pflicht sei es, den Gemeinschaftsgedanken zu pflegen und darüber zu wachen, daß der geschlossene Organismus wie auch jedes Mitglied der Hochschule vom nationalsozialistischen Geist erfüllt sei* (12). Anschließend überreichte der Rektor sechs Bergleuten und einem Markscheider die Diplomurkunden und verpflichtete die Neuimmatrikulierten mit Handschlag.

Danach überbrachte Professor Dr. Lenkeit die Grüße der Universität Göttingen und des Gaudozentenbundsführers. Dann sprach der Clausthaler Studentenfürher Stein über die Aufgaben der Studentenschaft und der in die Nachfolge Grothes getretene Dozentenführer Buschendorf führte aus, *er sei sich bei der Übernahme der Führung der Dozenten bewußt, daß sie der Weiterentwicklung der Hochschule im nationalsozialistischen Sinne zu dienen habe* (12).

Die Feier endete mit der „Führerehrung“, Ausdruck des Hitler-Kultes, und dem Absingen des Deutschland- und des Horst-Wessel-Liedes.

Anschließend wurde zu einem kameradschaftlichen Zusammensein der Dozentenschaft mit Damen in das Hotel Rathaus eingeladen, wozu der Studentenfürher und die Fachschaftsführer als Vertreter der Studenten eingeladen waren.

Ein aufmerksamer Leser wird sich angesichts der im Laufe von vier Jahren erfolgten nationalsozialistischen Umgestaltung der Bergakademie fragen: Wie wurde die Satzung der Hochschule den veränderten Verhältnissen angepaßt? Die Antwort lautet: Gar nicht. Man arbeitete mit den Erlassen vom 19. Dezember 1933 und 1. April 1935. In einem weiteren Erlaß vom 11. April 1935 (W I a 860 II) war den Hochschulen mitgeteilt worden, daß der Inhalt der Richtlinien gemäß Artikel 2 Abs. 1 des Gesetzes über den Neuaufbau des Reiches vom 30. Januar 1934 (Reichsgesetzblatt I S. 75) und § 1 der Ersten Verordnung über den Neuaufbau des Reichs vom 2. Februar 1934 (RGBl. I S. 81) unmittelbar gelten des Satzungsrecht der Hochschulen geworden sei (3).

Am 6. Dezember 1937 (G.-Nr. I 3074) wurde Professor Dr. Hoeltge, der an der Bergakademie Öffentliches Recht lehrte, durch den Rektor aufgefordert, *einen neuen, den heutigen Verhältnissen entsprechenden Satzungsentwurf aufzustellen* (3). Das Schreiben trägt einen handschriftlichen nicht datierten Zusatz: *Einstweilen zurückgestellt.* In den Akten findet sich kein weiterer Ansatz, der Bergakademie eine neue eigene Satzung zu geben. Die oben zitierten Richtlinien blieben anscheinend bis zum Ende der nationalsozialistischen Herrschaft maßgebend.

Am 29. März 1938 erging ein Erlaß (WA 490 [a]), der die Amtsdauer der Rektoren der Universitäten und der ihnen gleichgestellten wissenschaftlichen Hochschulen betraf. Minister Rust schrieb, er habe sich entschlossen, *die Dauer des Rektorats grundsätzlich*



auf mindestens 2 bis höchstens 3 Jahre festzusetzen, um zu erreichen, daß die Rektoren die Führung mit ihrer Tätigkeit als Forscher und Lehrer nicht verlieren. Auf diesen Grundsatz kam der Minister mit seinem Erlaß WA 260/44 (a) vom 29. April 1944 zurück und teilte mit (3): *Die strikte Durchführung dieses Grundsatzes ist während des Krieges ausgesetzt worden. Ich habe aber bereits auf der letzten Rektorenkonferenz darauf hinweisen lassen, daß angesichts der längeren Dauer dieses Krieges alle Wünsche der Rektoren auf Erhebung vom Amt erfüllt würden. Seitdem ist an einer Reihe von wissenschaftlichen Hochschulen ein Rektorwechsel eingetreten.*

Am Ende des Erlasses heißt es: *Es ist mein Wunsch, daß diejenigen Rektoren, welche bereits mehr als 3 Jahre im Amt sind, vor allem aber diejenigen, welche ihr Amt, wenn auch nur vertretungsweise, vor Ausbruch des Krieges übernommen haben, mir baldigst Vorschläge für ihre Nachfolge einreichen.*

Das Rektorat Grothes und das Prorektorat Buschendorfs sollte mehr als sechs Jahre bis in den Sommer 1943 hinein dauern. Rektor und Prorektor wurden als Reserveoffiziere nach Ausbruch des Krieges am 1. September 1939 zur Deutschen Wehrmacht eingezogen, die Bergakademie für ein Semester geschlossen. Nahezu alle Studenten mußten Soldat werden. Die kommissarische Amtsführung des Rektorats erfolgte durch Professor Dr. Birckenbach, Dekan der Fakultät für Allgemeine Wissenschaften. Der Rektor erhielt mehrere Male Urlaub, um sich um die Amtsgeschäfte selbst kümmern zu können. Seine Freistellung vom Wehrdienst wurde erst im Jahre 1942 erreicht.

Seinen unfreiwilligen Rückzug aus dem Rektorat hat Grothe selbst herbeigeführt. Seit 1938 bemühte er sich um die Verlegung der Bergakademie Clausthal. Zuerst verhandelte er mit der Reichsbauernstadt Goslar (14), dann aber seit Juni 1939 sehr weitgehend mit dem Rektor der Technischen Hochschule Braunschweig (15). Der Ministerpräsident des Landes Braunschweig, D. Klagges, hatte ein ehrgeiziges Raumentwicklungsprogramm für sein Land ausarbeiten lassen (16) und förderte, im Hinblick auf die Großbaumaßnahmen der Reichswerke Hermann Göring im Gebiet Salzgitter, den Zusammenschluß der beiden Hochschulen zu einer technischen und montanistischen Hochschule mit Standort im Stadtgebiet von Braunschweig. Grothe konnte hierbei mit der Duldung seines SA-Kameraden Stabschef Lutze, zugleich Oberpräsident der preußischen Provinz Hannover, rechnen. Dem Projekt standen allerdings maßgebliche Mitarbeiter Hermann Görings abwehrend gegenüber, deren Planungen darauf hinliefen, in Salzgitter eine neue Bergakademie zu errichten, in welcher die Clausthaler aufgehen sollte (15, 16). Als Lutze bei einem Auto-unfall 1942 ums Leben gekommen war, versuchten die beiden Rektoren Grothe und Herzig (Braunschweig), den neuen Oberpräsidenten in Hannover, Hartmann Lauterbacher, zugleich Gauleiter von Südhannover-Braunschweig, auf ihre Seite zu ziehen. Nach anfänglichen Erfolgen schlugen die Salzgitter-Leute aus dem Kreise um Göring zurück, und Hartmann Lauterbacher schwenkte um.

Mit Datum vom 23. Februar 1943 erhielt Grothe vom Hochschulbeauftragten des Gauleiters ein Schreiben mit dem Beisatz *Persönlich!*, in welchem Hartmann Lauterbacher mitteilen ließ, daß er sich die Behandlung aller Hochschulfragen persönlich vorbehalte (3). Grothe und Herzig waren mit ihren Fusionsplänen in einer Rektorenkonferenz in Göttingen schon auf die Zustimmung anderer Rektoren gestoßen (15).

Am 27. März 1943 beantragte Grothe beim Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung seine Entbindung vom Amte des Rektors der Bergakademie und schlug vor, Professor Dr.-Ing. Paschke mit der Amtsführung zu betrauen. Gleichzeitig teilte der Rektor dem Gauleiter diesen Sachverhalt mit (3). Der letzte Satz dieses Briefes lautet: *Der Rektoratswechsel, der, wie ich wohl annehmen darf, auch Ihrem Wunsche entspricht, würde beschleunigt werden, wenn Ihr Einverständnis dem Herrn Reichsminister gleichzeitig zugehen würde.* Am 16. Juli 1943 bat Grothe den Minister (3) *um möglichste Beschleunigung der Ange-*

*legenheit, da die Terminfestsetzung dringlicher Reisen im Auftrage der Rüstungsindustrie und die Durchführung kriegswichtiger Forschungsarbeiten sowohl bei Professor Dr.-Ing. Paschke wie auch bei mir auf Schwierigkeiten stößt in Anbetracht der noch ungeklärten Lage.*

Die Amtsentbindung Grothes erfolgte mit Erlaß (WG 1134) vom 29. Juli 1943 und mit Wirkung vom 1. August 1943 (3). Unter gleichem Aktenzeichen wurde Paschke zum Rektor ernannt und ermächtigt, einen neuen Prorektor und neue Dekane im Namen des Ministers zu ernennen. Paschke übernahm die Amtsgeschäfte am 11. August 1943. Entsprechende Benachrichtigungen gingen an die Presse, an den Kurator, die Hochschulen, die örtlichen Studenten- und Dozentenführer, die des Gaues und des Reichs, an den Verein von Freunden, an Behörden, Rüstungskommandos, Parteiorganisationen und wurden in der Bergakademie durch Anschlag bekannt gemacht.

### Kriegsende und Neubeginn

Am 4. September 1943 teilte der Rektor dem bisherigen Prorektor Buschendorf, der als Hauptmann bei der Flakartillerie Dienst tat, über die Feldpost brieflich mit, daß er es im Kriege für zweckmäßiger halte, einen Prorektor zu haben, der am Hochschulort ständig anwesend sei (3). Paschke hatte mit Wirkung vom 1. September 1943 Professor Grumbrecht zum Prorektor ernannt. In seinem diesbezüglichen Schreiben an Grumbrecht (G.-Nr. I 1691) bat er den neuen Prorektor, auch die Geschäfte beider Dekane *bis zur endgültigen Ernennung der vorgesehenen Herren vertretungsweise wahrzunehmen* (3). Der Bericht mit der Darstellung dieser Sachverhalte ging ebenfalls am 4. September 1943 an den Minister ab (3). Darin führte der Rektor ferner aus, daß Professor Dr. Birckenbach, der mit Wirkung vom 1. April 1943 von seinen amtlichen Verpflichtungen entbunden worden war, auch zu diesem Zeitpunkt aus seinem Amt als Dekan der Fakultät für Naturwissenschaften und Ergänzungsfächer ausgeschieden war.

Am 3. Dezember 1943 (I 2308) ernannte der Rektor Professor Dr. Rellensmann mit Wirkung vom 1. Dezember 1943 zum Dekan der Fakultät für Bergbau und Hüttenwesen und Professor Dr. Richter zum Dekan der Fakultät für Naturwissenschaften und Ergänzungsfächer.

Die Amtszeit des Rektors, Prorektors und der beiden Dekane dauerte formal bis zum 23. November 1945. An diesem Tag traf eine Verfügung der britischen Militärregierung ein, nach welcher Professor Dr. Gerhard Krüger zum Rektor ernannt wurde (17). Da Rektor Paschke unmittelbar nach der Besetzung Clausthal-Zellerfelds durch amerikanische Truppen verhaftet und interniert worden war, hatte Prorektor Grumbrecht die Leitung der Bergakademie kommissarisch bis zum 23. November 1945 übernommen. Im Protokoll der Professorensitzung vom 23. Oktober 1945, geführt von Professor Birckenbach (emeritiert), wurden formal korrekt Grumbrecht als Prorektor und Richter als Dekan geführt. Mit der Verfügung vom 23. November 1945 wurden Prorektor Grumbrecht, die Dekane Rellensmann und Richter gemeinsam mit den Professoren Valentiner, Schulz, Runge, Linhard und Birckenbach aus dem Professorenkollegium der Bergakademie entlassen (13).

Das Übergangsrektorat Krügers dauerte länger als ein Jahr. Inzwischen hatte die Bergakademie im Sommersemester 1946 am 12. Juni ihren Unterricht wieder aufgenommen.

Im Sommersemester 1946 wurden auch die Voraussetzungen für die Wiedereinführung des Wahlrektorats an der Bergakademie geschaffen. Am 8. Mai 1946 hatte Adolf Grimme, der die Abteilung Wissenschaft, Kunst und Volksbildung beim Oberpräsidenten in Hannover leitete, an die britische Militärregierung berichtet und erhielt von dem für die Region Hannover zuständigen Kontroll-offizier mit Schreiben vom 24. Mai 1946 den Bescheid (3), daß die Technischen Hochschulen Hannover und Braunschweig sowie die Tierärztliche Hochschule ihre Rektoren auf die Dauer von zwei Jahren zu wählen hätten, wie dies vor 1933 üblich war. Die Universität Göttingen und die Bergakademie Clausthal wurden aufge-

fordert, sich vom zuständigen Kontrolloffizier in Göttingen Anweisungen zu holen.

Am 17. Dezember 1946 fand nach mehr als 13 Jahren die erste Rektorwahl durch das Professorenkollegium statt (5). Anwesend waren die Professoren von Auwers, Dahlgrün, Grumbrecht, Hock, Johannsen, Krüger, Linhard, Rellensmann und Wassermann. Das Protokoll führte Berginspektor Reschke.

Die geheime Wahl mit Stimmzetteln ergab bei der Wahl des Rektors acht Stimmen für Krüger und eine Enthaltung, bei der Wahl des Prorektors sechs Stimmen für Wassermann, eine Stimme für Rellensmann, eine Stimme für Johannsen bei einer Enthaltung.

Zum Dekan für Bergbau und Hüttenwesen wurde Hock mit drei Stimmen und einer Enthaltung gewählt; eine Stimme entfiel auf Johannsen und eine Enthaltung. Zum Dekan der Fakultät für Naturwissenschaften und Ergänzungsfächer wurde Dahlgrün mit drei Stimmen bei einer Enthaltung gewählt.

Der Wahl war am 6. Dezember 1946 eine Sitzung des Professorenkollegiums vorausgegangen, in der die Frage der Rektorwahl beraten worden war (5). Nach der Außerkraftsetzung von nationalsozialistischen Gesetzen durch die Kontrollratsgesetze war man wieder zu der Satzung der Bergakademie vom 14. Mai 1919 zurückgekehrt. Diese hatte aber nur die Wahl eines ordentlichen Professors zugelassen. Professor Wassermann trug vor, daß angesichts des noch unvollkommen besetzten Lehrkörpers aus praktischer Sicht, aber auch aus Gründen der Gerechtigkeit gegenüber dem bisherigen kommissarischen Rektor Krüger, der eine außerordentliche Professur innehatte, das Professorenkollegium erweitert werden sollte. Das Professorenkollegium beschloß einstimmig, den Paragraphen 8 der Satzung folgendermaßen zu ändern: *Der Rektor und die Dekane werden gewählt. Wahlberechtigt und wählbar sind die Mitglieder des Professorenkollegiums.*

Der erste Satz des Paragraphen 10a erhielt folgende Fassung: *Das Professorenkollegium wird gebildet von den ordentlichen und außerordentlichen, planmäßigen, Professoren der Bergakademie.*

Unterzeichnet ist das Protokoll von Wassermann (5).

In dieser Sitzung des Professorenkollegiums wurde mitgeteilt, daß die Wahl des Rektors für die neue Amtsperiode ab 1. April 1948 am 6. November 1947 um 18 Uhr c. t. stattfinden werde. Mit Stimmenmehrheit wurde beschlossen, die Amtsdauer des Rektors auf zwei Jahre festzusetzen.

Das Protokoll der Sitzung vom 6. November 1947 vermerkt eingangs (5), *daß die Wahl geheim und den Satzungen (vom 14. Mai 1919) entsprechend erfolgte. Sämtliche Professoren beteiligten sich an der Wahl.* Dies waren von Auwers, Borchert, Dahlgrün, Hock, Grumbrecht, Johannsen, Krüger, Linhard, Rellensmann und Wassermann.

Der erste Wahlgang ergab vier Stimmen für Johannsen, vier Stimmen für Wassermann und zwei Stimmen für Rellensmann. Somit wurde für die Wahl des Rektors eine zweite Abstimmung notwendig. Diese ergab fünf Stimmen für Johannsen und fünf Stimmen für Wassermann, so daß ein Losentscheid herbeigeführt werden mußte, der zugunsten Wassermanns ausfiel (5).

Da Wassermann erklärte, daß er das Rektorat mit Rücksicht auf seine starke Inanspruchnahme durch Institutsarbeiten keinesfalls länger als ein Jahr übernehmen könne, erklärte sich das Professorenkollegium bereit, das Rektorat entgegen dem Beschluß vom 28. Oktober 1947 auf ein Jahr zu begrenzen.

Das Prorektorat wurde einstimmig dem ausscheidenden Rektor Krüger übertragen. Zu Dekanen wurden der Geologe Dahlgrün und der Kohlechemiker Hock gewählt. Am 17. März 1948 teilte der Rektor in der Sitzung des Professorenkollegiums mit, *daß das Ministerium noch immer nicht die Wahl bestätigt hat.*

In der Sitzung des Senats vom 20. April 1948, dem Rektor, Prorektor und die beiden Dekane angehörten, wurde ein Erlaß des Kultusministers vom 22. März 1948 (K I 6378/47) verhandelt, der die Erweiterung des Gremiums für die Rektorwahl betraf (5). Dem Vorschlag des Ministers entsprechend wurde einstimmig beschlossen, das Wahlgremium aus allen planmäßigen Professoren,

Honorarprofessoren, außerplanmäßigen Professoren und Dozenten, soweit letztere bereits vier Semester an der Bergakademie gelehrt hatten, zusammenzusetzen. Auf diesen Beschluß hin mußte die Wahl vom 6. November 1947 wiederholt werden. Das geschah noch am gleichen Tag (5). Anwesend waren laut Protokoll die Professoren Dr. von Auwers, Dr. Becker, Dr. Borchert, Dr. Dahlgrün, Dr. Engel, Dr. Hock, Dr. Johannsen, Dr. Jung, Dr. Krüger, Dr. Linhard, Mühlefeld, Dr. Oelsen, Dr. Pietsch, Dr. Rellensmann und Dr. Wassermann. Professor Grumbrecht fehlte krankheitshalber. Der erste Wahlgang ergab: Johannsen sieben Stimmen, Wassermann sechs Stimmen, Rellensmann eine Stimme, Enthaltung eine Stimme.

Der zweite Wahlgang hatte folgendes Ergebnis: Wassermann acht Stimmen, Johannsen sieben Stimmen. Wassermann nahm die Wahl an (5).

Als Prorektor wurde wiederum der scheidende Rektor Krüger gewählt, als Dekane von Auwers und Hock.

Am 28. Oktober 1947 wurde ein Antrag des Rektors auf Erweiterung des Senats um einen Vertreter der Nichtordinarien vom Professorenkollegium abgelehnt (5). In der Sitzung des Professorenkollegiums vom 3. Februar 1948 wurde ein Ausschuß zur Abänderung und Ergänzung der Satzung von 1919 eingesetzt, in den die Professoren von Auwers, Grumbrecht und Johannsen einstimmig gewählt wurden. Diese überarbeitete Satzung sollte nach Vorstellungen des Kultusministers bis zu einer allgemeinen Satzung für alle niedersächsischen Hochschulen Gültigkeit besitzen.

In der Sitzung des Professorenkollegiums vom 3. März 1948 um 20.30 Uhr, die bis 2.45 Uhr des 4. März dauerte, wurden erste Ergebnisse der Beratungen des Ausschusses diskutiert.

Hierbei sprachen sich die Professoren einstimmig für einen erweiterten Senat aus. In der Frage, ob eine Konzils- oder eine Senatsverfassung anzustreben sei, stimmten sieben Professoren für eine Senats- und zwei für eine Konzilsverfassung. Mit acht gegen eine Stimme wurde folgende Regelung beschlossen: *Die engere Fakultät hat das Recht, ihr geeignet erscheinende Mitglieder des Lehrkörpers für die Dauer ihrer Zugehörigkeit zur Hochschule Sitz und Stimme in der engeren Fakultät zu verleihen.*

Ferner wurde mit acht gegen eine Stimme beschlossen, *daß das Konzil die Mitglieder der engeren Fakultät umschließen soll.* Neben Urlaubsregelungen für den Rektor und die Professoren wurde mit Mehrheit der Beschluß gefaßt, *daß die Wahl des Rektors durch das Konzil erfolgen soll.*

Die weitere Bearbeitung des Verfassungsentwurfs wurde dem Rektor übertragen. In der Sitzung des Professorenkollegiums am 14. Mai 1948 wurde die Empfehlung des Ministers diskutiert, die im Mai 1935 eingeführte Gliederung der Bergakademie in zwei Fakultäten wieder aufzugeben. Es wurde ein einstimmiger Beschluß gefaßt, die Fakultäten beizubehalten (5). Begründungen waren die Überlastung des Rektors, da kein Verwaltungsdirektor oder Syndikus vorhanden war, um die bei den Fakultäten liegenden Verwaltungsaufgaben wahrzunehmen, ferner der notwendige Ausbau der allgemeinen und grundlegenden Fächer sowie der Hinweis auf originäre Aufgaben der Fakultäten, wie Berufungen, Habilitationen, Promotionen und das Diplomprüfungswesen.

Ein für die Verfassung der Bergakademie Clausthal bedeutender Vorgang war der Wegfall des Amtes des Kurators, welches der jeweilige Berghauptmann seit dem 19. Jahrhundert innegehabt hatte. Es wurde nach der Auflösung des Landes Preußen bei der Neuorganisation der niedersächsischen Landesverwaltung nicht wieder eingerichtet.

Am Freitag, dem 11. Juni 1948, wurde der alte Brauch der feierlichen Rektoratsübergabe wieder aufgenommen. In diese Rektoratsfeier wurde die bei der letzten Rektoreinführung 1937 durch Rektor Grothe eingeführte feierliche Immatrikulation der neu zugelassenen Studenten mit einbezogen. Die Professoren zogen im Talar ein, soweit diese noch vorhanden waren. Im Jahr 1944 waren die Professoren durch den Rektor angeschrieben worden, ihre Talare bei der Spinnstoffsammlung abzugeben.

Die feierliche Rektoratsübergabe wurde durch das Spiel des Orchesters von Ullmann umrahmt.

## Schlußbemerkungen

Nach dem Scheitern des nationalsozialistischen Führersystems wurden durch die britische Militärregierung das Wahlrektorat und die Verfassung der Bergakademie Clausthal aus dem Jahr 1919 wieder installiert (17). Das Wahlrektorat entsprang einer sehr alten Universitätstradition. Im Amt des Rektors verkörperte sich die Autonomie der Stiftungsuniversitäten des späten Mittelalters, so ausgehöhlt diese Autonomie am Ende auch sein mochte. Die Satzung der Bergakademie Clausthal des Jahres 1919 reflektierte die Hochschulstrukturen des Wilhelminischen Reiches. Sämtliche hochschulinternen Entscheidungen von Bedeutung wurden allein durch die ordentlichen Professoren getroffen. Als Institutsdirektoren waren letztere für ihre Dienstaufsichtsbereiche in bezug auf die Lehre und Forschung, das nachgeordnete Personal, die finanziellen Mittel, Raumnutzung und das Inventar allein verantwortlich und entscheidungsbefugt. Innerhalb der monarchischen Staatsverfassung, ja als bedeutender Bestandteil des Bildungswesens in den deutschen Monarchien des Zweiten Kaiserreichs erwies sich diese straffe Hochschulorganisation als außerordentlich effektiv und erfolgreich, insbesondere in der Medizin, den Natur- und den Ingenieurwissenschaften, und verschaffte der deutschen Wissenschaft Weltgeltung. Noch in der Weimarer Republik leistete die später verschriene „Ordinarienuniversität“ Hervorragendes. Sie überdauerte den Nationalsozialismus und bildete *noch bis zum Ende der DDR* ein wesentliches Element der dortigen Hochschulstrukturen.

Nahezu jede Besatzungsmacht in Deutschland setzte Kommissionen zur Hochschulreform ein. Die der britischen Militärregierung war international zusammengesetzt (18). Ihr gehörten Professor Dr. Jean Rudolf von Salis, ETH Zürich, Lord Lindsay of Birker, Oxford, Vertreter der Kirchen, der Gewerkschaften, seitens der Max-Planck-Gesellschaft Professor Dr. Carl Friedrich von Weizsäcker, aber nur je ein Professor von einer deutschen Universität und einer deutschen technischen Hochschule an (Bruno Snell, Hamburg, und Otto Gruber, Aachen).

Nach den Empfehlungen dieser Kommission sollte zwar die Autonomie der Hochschulen gegenüber dem Staat gestärkt und ein intensiver Verbund mit gesellschaftlichen Organisationen geschaffen werden, aber in den Instituten und Kliniken sollte alles beim Alten bleiben. In den Selbstverwaltungsgremien (Senat, Fakultäten, Konzil und dergleichen) wurden die planmäßigen außerordentlichen Professoren den ordentlichen gleichgestellt. Den Studenten, vertreten durch den AStA, wurde ein Recht auf Anhörung durch den Rektor vor jeder Senatssitzung zu den Fragen zugebilligt, die studentische Belange betrafen. Dozenten, wissenschaftliche Assistenten und sonstige Mitarbeiter wurden in den Gutachten der Kommission in bezug auf die akademische Selbstverwaltung nicht und auch sonst kaum erwähnt.

Im folgenden Jahrzehnt erwies sich die alte Struktur als noch so leistungsfähig, daß der Wiederaufbau der deutschen Hochschulen unter schwierigsten Bedingungen gelang, und die Frage, ob dies auch unter der Mitbestimmung aller am Wiederaufbau beteiligten Gruppen nicht ebenso gut erreicht worden wäre, ist müßig. In den sechziger Jahren zeigte sich dann aber, daß die innere Verfassung der deutschen Hochschulen nicht mehr mit dem demokratischen Selbstverständnis der heranwachsenden Generation und mit den politischen und gesellschaftlichen Realitäten außerhalb der Hochschulen übereinstimmte.

Der nun einsetzende Demokratisierungsprozeß in den Hochschulen war schmerzlich, kostete entsetzlich viel Zeit, Kraft und Geld, führte zu menschlichen Entfremdungen und politischen Polarisierungen, Fehlentwicklungen eingeschlossen, mit denen sich die Gerichte befassen mußten. Das gilt auch für die Technische Universität Clausthal, die sich soeben im Ausbau und in der Entwicklung von der montanistischen Spezialhochschule zu einer technischen Hochschule befand. Der Kampf um eine reformierte Hochschulverfassung wurde zäh und verbissen bis an die Grenzen gegenseitiger persönlicher Diffamierung geführt. Die durch ein Landesgesetz eingeführte Drittelparität bei der Besetzung der Selbstverwaltungsgremien durch die Gruppen der Professoren, der wissenschaftlichen Mitarbeiter und der Studenten wurde vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig erklärt, was zu neuen Streitigkeiten und Frustrationen führte. Wahrscheinlich wären diese, sich über nahezu zwei Jahrzehnte hinziehenden Reformkämpfe weitestgehend zu vermeiden gewesen, wenn die Besatzungsmächte unmittelbar nach dem Krieg zeitgemäße Hochschulstrukturen erzwungen und die Restauration der alten Zustände verhindert hätten.

## Quellennachweis:

- (1) Akte: Bestrebungen von der Direktors- zur Rektorsverfassung 1908–1911. Archiv der TU Clausthal.
- (2) Altakten: Satzungen und Rektorsverfassung der Königl. Bergakademie zu Clausthal. Tit. (1a Nr. 1 Vol. IV und Nr. 5 Vol. I). Archiv der TU Clausthal.
- (3) Akte: Rektorsverfassung und -wechsel 1919–1944. Archiv der TU Clausthal.
- (4) Akte: Rektorsfeiern an der Bergakademie Clausthal 1924–1945. Archiv der TU Clausthal.
- (5) Protokollbuch: Niederschriften über die Sitzungen des Senats und des Prüfungsausschusses (ab 19. 5. 1936), ferner Protokolle der Sitzungen der Dozentenversammlungen bis 1945 und des Professorenkollegiums bis 21. 8. 1948. Archiv der TU Clausthal.
- (6) Die Preußische Bergakademie zu Clausthal. Festschrift zur 150-Jahrfeier 1925. Clausthal 1925.
- (7) Die Preußische Bergakademie zu Clausthal. Bericht über die 150-Jahrfeier. Clausthal 1925.
- (8) Festschrift zur 175-Jahrfeier der Bergakademie Clausthal 1775–1950. Clausthal-Zellerfeld 1950.
- (9) Technische Universität Clausthal zur Zweihundertjahrfeier 1775–1975. I. Die Bergakademie und ihre Vorgeschichte. Clausthal-Zellerfeld 1975.
- (10) Öffentliche Anzeigen für den Oberharz. Jg. 1929. Clausthal-Zellerfeld.
- (11) Akte: Dozentschaft 1a Hefter 7. Archiv TU Clausthal.
- (12) Nachrichten der Bergakademie Clausthal, Hefte 1–9, 1936–1944. Clausthal-Zellerfeld.
- (13) Müller, G. (1989): Probleme und Fakten im Zusammenhang mit der Wiedereröffnung der Bergakademie Clausthal nach dem Kriegsende 1945. Mitteilungsblatt TU Clausthal 67, 33–37 (1989).
- (14) Akte: Verlegung der Bergakademie Clausthal nach Goslar 1b. Archiv der TU Clausthal.
- (15) Akte: Verlegung der Bergakademie Clausthal nach Braunschweig 1938–1943 1b. Archiv der TU Clausthal.
- (16) Stübenvoll, B. (1988): Die Beteiligung der Technischen Hochschule Braunschweig an den Planungsvorgängen in der NS-Zeit. Mitteilungen TU Braunschweig XXIII, 39–52.
- (17) Akte: Wiedereröffnung der Bergakademie 1945–1948. Archiv der TU Clausthal.
- (18) Gutachten zur Hochschulreform. Studienausschuß für Hochschulreform. Office of the Educational Adviser. Hamburg 1948.
- (19) Neue Satzung nebst Ausführungsbestimmungen für die hiesige Bergakademie etc. 1908–1940. Archiv des Oberbergamtes Clausthal-Zellerfeld. Tit. XXVIa Nr. I, Vol. IV.
- (20) Müller, G. (1988): Aspekte der Zeitgeschichte unserer Hochschule. Mitteilungsblatt TU Clausthal 65, 20–27 (1988).
- (21) Müller, G. (1989): Soziale und regionale Herkunft von Bergschülern und Studenten der Bergschule und Bergakademie Clausthal im Zeitraum 1830 bis 1880. Mitteilungsblatt TU Clausthal 68, 20–24 (1989).